

Antrag 79/I/2021

FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

vertagt auf LPT I/2022 (Konsens)

Willkürliche und neokoloniale Identitätsfeststellung und Abschiebepaxis nach Westafrika beenden - Rechtsstaatlichkeit muss auch für die schwächsten der Gesellschaft gelten

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
2 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich dafür
3 einzusetzen, die Praxis der Identitätsfeststellung durch
4 Delegationen afrikanischer Staaten und die damit einher
5 gehenden Abschiebepaxis auszusetzen, solange:

- 6
- 7 • es keine feststehenden und tauglichen Kriterien für
8 die Identitätsfeststellung gibt. Es müssten klare und
9 unter deutschem Recht belastbare Belege für die
10 vermutete Staatsbürgerschaft durch Dokumente er-
11 bracht werden können. Äußerliche Merkmale dür-
12 fen hier keine Kriterien sein.
- 13 • unverhältnismäßige Zwangsvorfürungen unter
14 Gewaltanwendung, die das Verwaltungsgericht
15 Berlin durch Urteile vom Februar 2021 mehrfach als
16 rechtswidrig erklärt hat, nicht auszuschließen sind
- 17 • Finanzielle Bereicherung der Mitglieder der Delega-
18 tionen und der entsendenden Staaten nicht ausge-
19 schlossen werden kann. Weder das Land Berlin, noch
20 Bundesstellen wie die Bundespolizei dürfen Hand-
21 geld oder andere Gratifikationen für die Ausstellung
22 von Papieren bezahlen. Korruption muss bekämpft
23 und ausgeschlossen werden.
- 24 • die Mitglieder dieser Delegationen ihre Legitimi-
25 tion und Qualifikation nicht nachweislich und glaub-
26 haft darlegen können

27

FA III: Empfehlung: Vertagung Begründung: Der Fachausschuss plant eine eigene Anhörung zu dem Thema durchzuführen, da die im Antrag mitgeteilten Angaben zu vage für eine fachlich fundierte Beschlussempfehlung sind. So wird die angebliche bisherige Praxis nur in groben Zügen und ohne Nachweise oder Belege lediglich behauptet. Der Fachausschuss wird sich daher auf einer Sitzung im I. Quartal 2021, zu der auch eine Vertretung des Antragstellers hinzugeladen werden wird, vertieft mit der Sache befassen, um dem nächsten Landesparteitag eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu bieten.